



Finanzlage Bremens

Prof. Dr. Günter Dannemann
- Finanzstaatsrat a.D. -

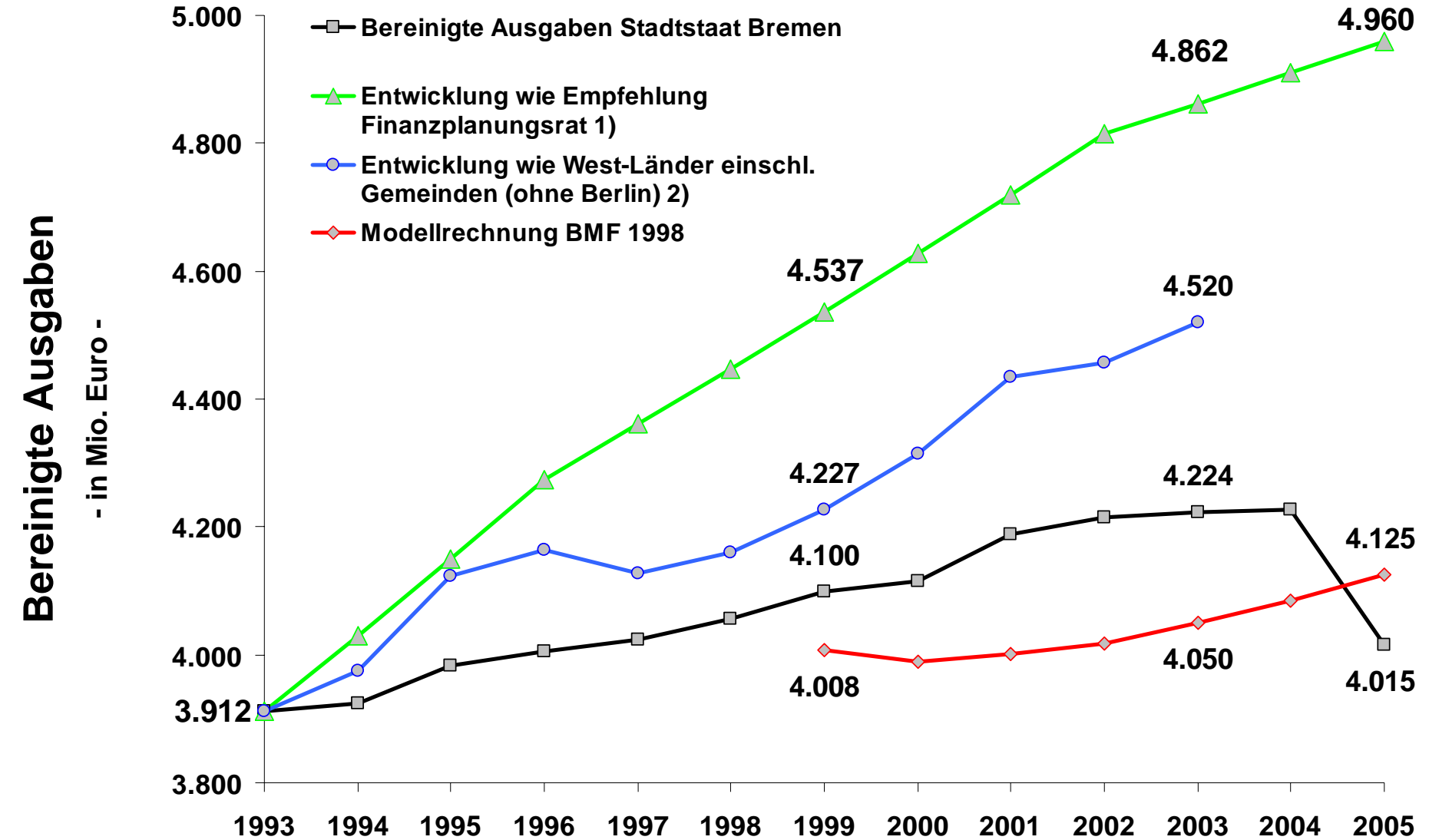
Vortrag zur DGB-Regionsvorstandsklausur

am 18. Februar 2005

Ausgabenentwicklung Bremens im Sanierungszeitraum

1

18.02. 2005



Quelle: Senator für Finanzen Bremen, Referat 20; Bis 2004: IST-Werte; 2005: Haushaltsansatz

1) Ab 1994: Ausgangswert 1993 multipliziert mit Zuwachsratenempfehlung Finanzplanungsrat

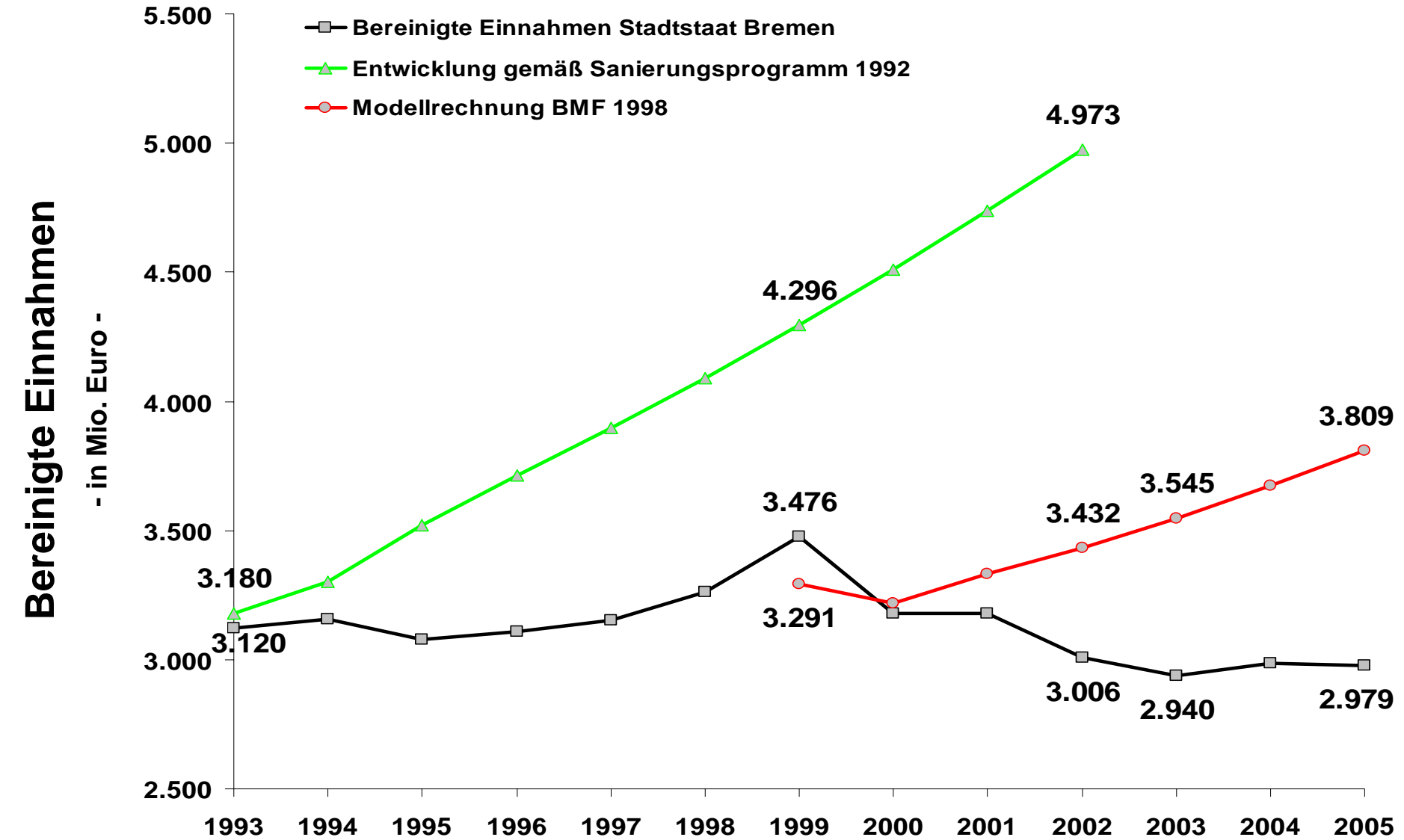
2) Ab 1994: Ausgangswert 1993 multipliziert mit Ausgabenzuwachsraten der westdeutschen Länder einschl. Gemeindeebene

Einnahmenentwicklung Bremens im Sanierungszeitraum

2

Forschungsstelle
Finanzpolitik

18.02. 2005



Quelle: Senator für Finanzen Bremen, Referat 20; Bis 2004: IST-Werte; 2005: Haushaltsanschlag (Steuerschätzung November 2004)
Einnahmen: ohne Sanierungs-BEZ

- **1994 bis 1998:** 4,6 Mrd. Euro Sanierungshilfen
(Teilentschuldung I)
- **1999:** Ausgaben - 400 Mio. €
Einnahmen - 1.000 Mio. €
Verschlechterung - 600 Mio. € } gegenüber der
Sanierungsver-
einbarung 1993
- deshalb: 1999 bis 2004 3,9 Mrd. Euro Sanierungshilfen
(Teilentschuldung II)
- **2005:** Ausgaben 0 Mio. €
Einnahmen - 800 Mio. €
Verschlechterung - 800 Mio. € } gegenüber der
Modellrechnung
des BMF 1998

Fazit:

- Bremen hat kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem.
- Teilentschuldung III ist zwingend (reicht aber nicht)

Finanzplan 2004 – 2008 vom 18.01.2005

- „Es ist festzustellen, dass die Sanierung wegen der allgemeinen Einnahmen- und Konjunkturschwäche Deutschlands, aber auch aufgrund erheblicher Sonderbelastungen des Saarlands noch nicht abgeschlossen ist.“
- „Das Saarland hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem.“
- „Hinsichtlich des Ausgabenwachstums hat das Saarland hingegen die bestehenden Auflagen mehr als nur erfüllt und sich auch im Vergleich zu den anderen westdeutschen Ländern eine striktere Haushaltsdisziplin auferlegt.“
- „Ein eigenes Verschulden für die andauernde extreme Haushaltsnotlage kann somit definitiv ausgeschlossen werden.“

	Nettokredit- aufnahme		Konsumtives Defizit		Ausgaben- zuwachsrate
	in Mio. €	in v.H. der Gesamt- ausgaben	in Mio. €	in v.H. der Gesamt- ausgaben	in v.H. gegenüber dem Vorjahr
2004	339	18,0	254	7,7	
2005	809	24,5	526*	15,9*	-0,1
2005	763	22,8	470	14,1	+1,0
2007	714	21,2	423	12,5	+1,0
2008	663	19,5	353	10,4	+1,0

* zum Vergleich:

- Stadtstaat Bremen 2005: 410 Mio. Euro - entspricht ca. 10 %

Anmerkung:

- Bei Einbeziehung der Gemeindeebene sind die Daten des Saarlands günstiger.

Investitionsausgaben je Einwohner

in Euro	Ø Flächenländer	Bremen	Hamburg	Berlin
2003	631	1.190	883	538*
Index	100	188,6	139,9	85,3

* inkl. Risikovorsorge für Bankgesellschaft, ca. 88 €/ EW

Kernfrage 1:

- **Belasten Investitionsausgaben für wirtschaftskraftfördernde Projekte den Haushalt über zusätzliche Zinsausgaben**
- **oder werden diese Zinsausgaben durch haushaltsentlastende Effekte**
 - ca. 10 % Eigenbehalt aus Steuereinnahmen der gesicherten/ zusätzlichen Arbeitsplätze und
 - über gesicherte/ zusätzliche Arbeitsplätze gehaltene/ neue Einwohner (3.000 €/ EW)

überkompensiert?

Primärausgaben je Einwohner

in Euro	Ø Flächenländer	Bremen	Hamburg	Berlin
2003	3.948	5.670	5.161	5.415
Index	100,0	143,6	130,7	137,2

Konsumtive Primärausgaben je Einwohner

in Euro	Ø Flächenländer	Bremen	Hamburg	Berlin
2003	3.317	4.479	4.277	4.877
Index	100,0	135,0	128,9	147,0

Kassenergebnisse – konsolidiert, ohne LFA-Beiträge.

Kernfrage 2:

- Wie weit können/ sollen die konsumtiven Primärausgaben in Relation zu den Flächenländern gesenkt werden?
 - **für Senkung spricht: Die Chancen bei Verhandlungen bzw. einer evtl. erneuten Klage vor dem BVerfG werden verbessert.**
 - **gegen Senkung spricht: Das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Stadtstaat HB im Vergleich zu anderen Großstädten (derzeit mit 135 % vom Gesetzgeber festgelegt) wird zunehmend verletzt.**

- Februar 2005: 2. Stellungnahme HB zur BVerfG-Klage Berlins
- Juni 2005: Abschlussanierungsberichte Saarland und HB (Finanzplanungsrat) vermutlich mit Forderungen
- Ende 2005/ Anfang 2006: Urteil des BVerfG zur Berlin-Klage
- unter Einbeziehung dieses Urteils (Ergebnis offen) Verhandlungen BE/ HB/ Saarland mit Bund/ Ländern
- ultima ratio: erneute Klage HB (Saarland/ BE) bei Scheitern der Verhandlungen?!

- Entwicklung einer finanzpolitischen Strategie
- Formulierung von Forderungspositionen/ evtl. Klagepunkten
- Herstellung eines möglichst breiten Bündnisses
 - **Blick auf Saarland:**
 - Saar-Gemeinschafts-Initiative (SGI)
 - Vertreter der Landesregierung (Vorsitz MP), Landtagsfraktionen, Kammern, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Kirchen
 - **Auszüge aus Pressemeldung vom 30.11. 2004:**
 - „SGI erkennt einmütig Fortbestand der Haushaltsnotlage aufgrund von Einnahmeausfällen und trotz Erfüllen aller Auflagen an.“
 - „Grundlage von Verhandlungen mit dem Bund wird ein Saar-Memorandum sein, das zwischen den Mitgliedern der SGI erarbeitet und dem Bund zum Eintritt in die Verhandlungen vorgelegt wird. Basis dafür ist ein entsprechender Entwurf der Landesregierung.“